

Halleische Zeitung

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark 80 Pfennige...

Insertionsgebühren für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum...

Verlag der „Allgemeinen Halleischen Zeitung“ im vorm. B. Schwetfchke'schen Verlage. (Halleischer Courier.) Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Gutschier in Halle.

N 14.

Halle, Mittwoch den 13. September.

1882.

Auf den Artikel der Provinzial-Correspondenz

kommen heute zwei unserer Berliner Berichterstatter zurück, um das durch ihn in allen Kreisen der Bevölkerung, bei Conservativen und Liberalen, in gleichem Maße erregte Versehen und etwa noch vorhandene Mißverständnisse zu beilegen. Wir theilen zunächst unserm X. Correspondenten das Wort. Er führt aus: Die Bewegung, welche der steuerreformatorische Artikel der Proc.-Corr. in allen politischen Lagern hervorgerufen, beginnt sich wieder zu legen. Man begrifft allmählich, daß man zwischen doch zu sehr misserathenen, wenn man voransetzte, daß mit jenem Artikel eine vollständig neue Politik eingeleitet werden und neue Grundsätze, denen Bismarck sonst nicht Ausdruck gegeben, geltend gemacht werden sollten. Es liegt doch wohl auf der Hand, daß in der Stellung der Regierung zu den Steuerfragen sich über Nacht nichts geändert haben kann und daß, wenn jener Artikel Verwirrung hervorrief, die Ursache davon vielleicht weniger an ihm als in der etwas großen Nervosität, Geringschätzung und Unsicherheit des politischen Publicums lag. Zu glauben, daß Bismarck von heute auf morgen ein krasser Mandatsverweigerer werden konnte, in Vergleich zu welchem Bamberger der reine Agrarier wäre, — das liegt über die Reichsweite voraus, auf welche allerdings der Verfasser jenes Artikels am wenigsten gerechnet haben wird. Wenn man — was doch notwendig — davon ausgeht, daß Bismarck keine steuerreformatorischen Grundsätze nicht wie einen Wolf wehlet, dann wird man sich darüber klar werden, daß der sensationelle Artikel nur den fanatischen Anhänger der Reform der directen Personalsteuern wie den fanatischen unter conservativer Blaugabe stehenden Vertheidigern agrarischer Grundsätze und socialistischer Finanzpolitik etwas kaltes Wasser über den Kopf gien wollte. Fürst Bismarck will sich von beiden extremen Richtungen nicht den Weg vorzeichnen lassen, er bleibt vielmehr bei der weiteren Entwicklung des indirecten Steuerwesens und will die Reform der directen Steuern auf die Zukunft verschieben, zu welchem Zweck er den Uebertragungen und Ertragsgängen der Vertheiliger dieser Reform, die sich ja aus beiden extremen Lagern zusammensetzen, eine Art von Protest entgegenstellt; daß weder sollen die liberalen Vertheidiger der Reform der directen Steuern glauben, daß sie hiermit alle Schicksale des Staates befriedigen und die Massen der Armen wesentlich erleichtern können, noch sollen die conservativ-socialistischen Feinde des mobilen Capitals glauben, daß alles H. i. f. allein von einer enorm hohen Besteuerung dieses Capitals abhängt. Uebrigens versteht sich von selbst, daß es nicht hier von dem Fürsten Bismarck persönlich gesprochen, dies nur eine Personifikation jener Politik ist, daß er aber selbstverständlich dem Artikel der Proc.-Corr. fern steht, was ja auch die Nordd. Allg. Ztg. richtig mit der Mittheilung andeutet, daß die Bismarck unmöglich ist und sich mit Angelegenheiten jetzt nicht beschäftigt.

Von einem neuen Gesichtspunkte aus faßt unser Berliner Correspondent die durch den Artikel der Provinzial-Correspondenz geschilderte Situation ins Auge, indem er schreibt: Wenn es wirklich überlegte Taktik der Regierung gewesen wäre, durch gleichsam zurückhaltend der oppositionellen Wühlmagination die Nahrung zu beschränken und dadurch in die Nothwendigkeit zu versetzen, sich lediglich am Parteibahne zu füttern, so wäre jetzt, seit dem Erscheinen der Proc.-Correspondenz vom 6. d. Mts., der Beweis für die Wichtigkeit jener Taktik e contrario erbracht worden. Der Artikel IV. über die Klassensteuern hat den fast entschwundenen Lebensgeistern der Opposition plötzlich frisches Blut zugeführt. Es muß endlich constatirt werden, daß man auch auf conservativer Seite durch den Artikel aus der Hoffnung gebracht worden ist und zwar hauptsächlich wohl durch die in denselben enthaltenen theoretischen Erörterungen über die Bedeutung der Capitalbildung für das Culturleben. Gewiß wäre es recht wünschenswerth gewesen, wenn dem Publicum diese Erörterungen erspart geblieben wären und der Verfasser sich darauf beschränkt hätte, die irdischen Anstände über Einführung und Wirksamkeit der Klassensteuern in Preußen zu berichten. Gleichwohl ist es nicht recht verständlich, wie man sich dazu hat hinreißen lassen können, jene Erörterung als die Antinomie eines Frontwärtseins auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung anzusehen. Diese Auffassung hätte keinen Nutzen gewonnen können, wenn man das Anhalten der Allerhöchsten Verordnungen vom 17. Nov. v. J. mehr eingedenk geblieben wäre. In dieser königlichen Verordnungsform ist das Ziel bestimmt, für welches die steuerpolitischen Vorlagen der Regierung nur Mittel sind.

Politischer Tagesbericht.

Die aus Dresden über den Verlauf der Kaiserstage bis jetzt eingetroffenen Berichte besagen von Neuen, was für ein unangenehmes Band König und Volk trotz aller geschäftigen Parteinarrationen umschlingt. Ueberall da, wo der Monarch mit dem Volke in persönliche Berührung kommt, befehlen sich die alten Gesühle patriotischer Hingebung und treuer Anhänglichkeit. Da heuert es nicht einer genaueren und gewissenhaften Auslegung eines Verfassungssatzes, welcher das Verhältnis zwischen König und Volk regelt, unbeeinträchtigt, aus freiem Antriebe gehen Hand und Mund. Kunde von den Gefühlen, welche das Herz höher schlagen lassen.

Dieses schöne Verhältnis, auf welchem Preußens Größe mitberuht, zu erhalten und zu befestigen, dazu werden gewiss von Neuen die Kaiserstage in Schlesien beitragen, nicht nur für die Bewohner jener Provinz, sondern — dem ganzen Vaterlande, wo die herrlichen Kundgebungen liberal, lauten Wiederhall finden und alle patriotisch fühlenden Unterthanen mit wahrhaftiger Freude über die so sichbaren und bewußten Beweise tief eingewurzelter monarchischen Sinnes erfüllt werden.

Unser Berliner Correspondent, welcher uns heute zum ersten Male mit einer Zeitschrift besetzt hat, knüpft seine Betrachtungen an die Rede, welche der Abg. v. Acker vor wenigen Tagen

in Kiel gehalten hat und worin er die Liberalen zur Einigkeit ermahnte, um „stark in der Opposition und im positiven Schaffen“ zu sein. Er schreibt:

Herr Acker hat es unternommen, die gefälschte „Einigkeit“ der Liberalen wieder in's Gedächtnis zu bringen. In einer Rede in Kiel hat er versucht, Begünstigung für dieselbe zu wecken. Wenn letztere mit großen Worten geschaffen werden kann, dann freilich müßte sie jetzt bei Pollas Athene an dem Haupt Zeus-Paster's springen; denn an solche Art der Vortraglichkeit. Solche vollständigen Worte werden aber auf ruhig denkende Leute sicher keinen Eindruck mehr machen. Was soll man dazu sagen, wenn er zur Einigkeit mahnt, um stark „in der Opposition und im positiven Schaffen“ zu sein. In der Opposition haben die Freunde des Herrn Acker allerdings das Menschensmögliche geteilt, aber zum positiven Schaffen bietet die von ihnen vertretene Doctrin mit ihrem konservativ-politischen Geisteshauch sicher keine Handhabe. Einen besonderen Trumpf glaubte er auch dadurch anspielen zu können, daß er die Schleswig-Holsteiner zu einer ebenso großen fortschrittlich-liberalen Bewegung aufforderte, wie im Jahre 1864, wo sie die nationale Bewegung über ganz Deutschland eingeleitet hätten. Herr Acker schint gar kein Gedächtnis mehr dafür zu haben, daß Schleswig-Holstein den Fortschrittler zum Trost geworden wäre und daß Bismarck allein die Bewegung, die den Liberalen erst gar nicht pastete, einleitete. Das banalste Abgeordnetenthumsnewswortige Jargon die Welt, welche zu diesem Ziele führen sollten. Eine Bezeugung des Liberalismus auf Schleswig-Holstein am 1864 ist daher eine vollständige Verneinung der Thatfachen, die sofort richtig gestellt zu werden verdient.

Aus dem Wahlkreise Rummelsburg-Schlawe, zu dem Marx in gehört, wird eine Wittibshild copirt, die wir, um unsern Tagesbericht zu vervollständigen, hier folgen lassen. Danach war in diesem Kreise Streit darüber entstanden, ob man den Herrn von Schöneberg als den besten liberalen Herrn von Rummelsburg oder freisinnigsten Schwarmgeist als Landtags-Abgeordneten ins Auge fassen solle. Man wußte sich an den Reichstagen. Dieser Artikel sei Sohn wurde schon irgendwo anders veröffentlicht und genährte dem allkonfessionellen Herrn v. Wittmann-Neu-Rochsburg wären ihm die beiden freisinnigsten Herren doch lieber. In diesem Sinne entschied man.

Ueber die Frage der Nützlichkeit und Nothwendigkeit der Einführung des Tabakmonopols gibt der so eben erscheinende Jahresbericht der Handelskammer zu Strahburg im Anschluß an ein bemerkenswerthes Gutachten ab, welches mit Bezug darauf, daß Geschäfts-Vorbringen lange unter der Herrschaft des Monopols gestanden, einer besonderen Beachtung werth ist. Es heißt in dem Berichte:

„Wäre die Kammer über die Principienfrage sich zu äußern aufgefordert worden, so hätte sie, ihren früheren Erklärungen und Traditionen treu, sich nur gegen die Einführung des Monopols ausgesprochen können; unter Archive enthalten in der That zahlreiche Documente, die von der Schachteltheit und Energie zeugen, mit welcher unsere Vorfahren seit Beginn des Jahrhunderts Namens der Freiheit des Handels und der Industrie fortwährend gegen das Monopol gekämpft haben. Wie diese erklären wir uns einmüthig und aus Ueberzeugung als entschiedene Gegner des Monopols: weil es für den freien Aufschwung des Ackerbaues, dessen Wirkungskreis es in willkürlicher Weise einschränkt und dessen Produktion es geistlich freies aufdrängt, die durch freie Concurrenz allein festgestellt werden sollten, ein Hinderniß ist; weil es der Industrie und dem Handel ohne Ertrag einer derartigsten Branchen über Nacht raubt; weil es einzig und allein zu einem künstlichen Zwede erhoben und durch besoldete Agenten verwaltet, die Anspornung und den Eifer nicht gibt, wodurch die Privatindustrie alle möglichen Fortschritte, die bei einer Substitution von selbst herab, der Vervollständigung der Produkte, als auch bezüglich der Beschäftigten erreicht werden können, zu erzielen im Stande ist; weil es endlich einen bedauerlichen Reichthum bildet, der anderen Abfertigungsstellen leitend des Staates den Weg bahnt.“

Das Reichslandparlament hat in seinem Berichte über das Eisenbahngesetz bei Hauptstellen vollständig bestätigt, was die unabhängigen Zeitungen schon als Entscheidungsurtheile angegeben hatten. Der Lokomotivführer, der vorgeschriebene Geschwindigkeit nicht unnothig überschritten, das Dremperpersonal ist nicht mit gespannter Aufmerksamkeit seinem Dienste nachzukommen. Gerüchthum sind aber diese Anlagen des Kommissars des Reichslandparlamentes keineswegs. Es stellt jeder Aufschuß darüber, warum der lange und schwere Versuchung eines ungeliebten Güterzugsystems nicht entgegenhalten ist, als sich im höchsten Betriebsreglemente nicht sicherzustellen verboten. Daher hat man dem Lokomotivführer entgegen der Institution, eine derartige Maschine gegen den Verkehr des Reichslandparlamentes berichtet auch darüber nichts, ob der Zug genug Dremper hatte. Der Zug hätte neun haben müssen, er fuhr aber nur mit dreien ab. Bergehens soll der Lokomotivführer in Breidach noch einige Dremper verlangt haben. Bis jetzt sieht man die Schuld an dem entsetzlichen Unglück also untergeordneten Beamten, dem Lokomotivführer und dem Dremper, so. Hauptsächlich wird sich die Untersuchung auch mit Strenge gegen die höheren Beamten richten.

Von fortschrittlicher Seite wird augenscheinlich eine Coln-tabelle aus sechs ergiebigen Wochenschriften in sehr tendenziöser Weise verwerthet. Wir lesen da in den Wäutern:

Die Tabelle verdient als frisches Element allen denen recht nahe vor die Augen gerückt zu werden, welche die Belastung durch die Lebensmittelpreise als sehr gering hinstellen oder sie wohl gar als jählich wegschreiben. Die Statistik ist aus sechs Jahren mit zusammen etwa 15,000 Einwohner aufgenommen und ergibt das Resultat, daß die Mehrzahl der Arbeiter für sich und ihre Familie nur ein Jahreserwerb von 200 bis 300 M. erzielte; die kleinere Hälfte überließ dieses Minimum um durchschnittlich 150 M., einige wenige Größere der Arbeiter erzielten die Summe von 200 M. jährlich und bilden den Rest der kleinen armen Welt.

Diese Zahlen können richtig sein; an dem geringen Verdienste der Arbeiter ist aber nicht die Belastung derselben durch Lebensmittelpreise Schuld, denn, wo solche überhand nehmen, fallen sie gegenüber dem enormen Verdienste des Zinshens an als und

den durch die Speculation hervorgerufenen Preiserschwellungen gar nicht ins Gewicht. Das Verschulden trifft vielmehr die Arbeiter selbst, die trotz aller Verträge, sie der unrationellen Handwerker zu entscheiden, nicht zu bewegen waren, dieser Beschäftigung zu entsagen. Aus fünfzig Tausend von Fabrikanten aus dem holländischen Bistum, die keine Ueberzeugungsfestigkeit geübt haben, um die Leute auf das Thorheit ihrer Handlungsweise hinzuweisen, wenn umsonst. Wenn sie nun mit kräftiger Stimme vorlieb nehmen müssen, so fällt doch nicht der neueren Volkspolitiker das Verschulden zur Last. Es heißt auch hier volenti non fit injuria.

Die mancherlei Presse hat kein Mittel unversucht gelassen, die nationale Wirtschaftspolitik zu verbreitern, wenn auch, da die offenkundigen Basischen, der ungeliebte Auffassung des gesamten geschäftlichen Lebens nicht mit einigen Zeilenreichen aus der Welt zu schaffen sind, ohne Erfolg. Mit einem Ansatze von Recht konnte sie bisher allerdings darauf hinweisen, daß dem wirtschaftlichen Aufschwung nicht sofort die Erhöhung der Arbeitslöhne auf dem Fuße folge, obwohl es ja nur der Lage der wäutern der Beschäftigung oft mit großer Unterthan arbeiten Industrie entsprach, wenn die Verringerung der Geschäftsverhältnisse zunächst zur Ausgleichung der vorhandenen Anomalien benutzt wurde.

Aber in vielen Fällen ist für die freibildlichen Blätter auch nach dieser Seite hin kein Angriffspunkt mehr vorhanden, denn mehrere Jahresberichte der Handelskammern bestätigen, u. A. die bereits eingetretene allmähliche Aufhebung des Arbeitelohnes. Die Handelskammer von Stolberg stellt fest, daß in Folge des Umwandlungs der jährliche Lohn von 650 M. durchschnittlich per Kopf 1879—80 auf 795 M. per Kopf per 1880—81 gestiegen ist, und fügt dabei an, daß, wenn von gegnerlicher Seite hervorgehoben werde, die neuen indirecten Steuern getragen per Arbeiterfamilie jährlich ca. 30 M., diesen „Soll“ im Arbeiterhandelsbuch auch das veränderte „Haben“ mit 145 M. Plus entgegengestellt werden müsse.

Der Unterrichtsminister hat eine stärkere Beziehung zu Schulleitungen lediglich infolge des gesetzlich angeordneten Klassensteuer-Erlasses für ganz unzulässig erklärt, weil durch denselben „unter allen Umständen eine wirkliche Entlastung der Beteiligten hat herbeigeführt werden sollen und diese Absicht des Gesetzes nicht erreicht worden wäre, wenn die letzteren eine dem Erwerbsverhältnisse gleich hohe Summe ohne Wertes für Schulwerke mehr beschaffen könnten.“ Derselbe Minister hat den Aufschußgelehrten empfohlen, auf die Befestigung oder Ermäßigung des Schulgebüdes bei Volksschulen hinzuwirken. Die Staatsregierung müßte dies als ihre Aufgabe betrachten und habe diesen Standpunkt in dem, von dem Landtage vorgelegten Verordnungsgeheiß, Entwurfs zu beibehalten. Auf dem Wege nach, nachdem die Unterrichtsverwaltung, schon unterm 28. Ap. d. 1881 auf die Befestigung oder Ermäßigung des Schulgebüdes hingewiesen habe.

Gegenüber verschiedenen Notizen über den Stand der Verhandlungen zu den auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes zu erlassenden Ausführungs-Verordnungen sind wir in der Lage Nachsichtiges mitzutheilen. Nachdem bereits durch die Kaiserlichen Verordnungen vom 24. Februar und 1. Mai d. J. der Verkehr mit Petroleum beim die Verwendung giftiger Farben geregelt worden ist, besteht die Absicht, zunächst den Entwurf einer Verordnung über die Verwendung von Blei dem Bundesrathe vorzulegen. Es handelt sich hierbei namentlich um die Festlegung bestimmter Grenzen für den jetzt oft sehr hohen Weisgehalt der Zinnlegirten, sowie des zur Verpackung von Nahrungsmitteln und Gemühterren (Konserven etc.) verwendeten Lotthes und des Stannols, ferner der Zinn- und Zinnlegirten und der Glasuren an Kochgeschirren und dergl. weyl. Außerdem werden zur Zeit vorbereitete Entwürfe zu Verordnungen über die Wein-fälschung, über den Verkehr mit Milch, über den Verkauf frakter Schlachtthiere und gesundheitsgefährlichen Fleisches, sowie endlich zu einer Verordnung, welche eine Anzahl von Einzelbestimmungen für verschiedene Lebensmittel (Weiß, Backwaaren, Butter, Eigelb, Bier, Branntwein etc.) enthalten soll. Wie wir hören, soll zur Berathung hierüber im Monat October d. J. eine Sachver-ständige-Kommission im Kaiserlichen Gesetzbüreau beauftragt zumuntreten, nachdem sich bereits im Frühjahr d. J. die land-wirtschaftliche Section des preussischen Reichswirtschaftsraths vom praktischen Standpunkte aus zur Sache geäußert hat.

Staatsminister von Bötticher über die innere Politik.

Der Staatsminister von Bötticher wird gegenwärtig am Rhein, um sich persönlich von den Wirkungen der neuen Wirtschaftspolitik auf die dortigen Verhältnisse zu überzeugen. In Düsseldorf war er der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit. Auf einem ihm zu Ehren von den Vertretern des Handels und der Industrie veranstalteten Diner brachte der Director Seroas einen Trinkspruch aus, in welchem er die unverkennbaren Segnungen des neuen Zolltariffs pries und betonte, daß, wie die Versammelten und deren Gefinnungsgenossen das Bestreben des Kanzlers auf dem Felde des Handels und der Industrie zu unterstützen bereit seien, sie ebenso bestreht seien, den neuen Vätern der Regierung zur Lösung der sozialen Frage ihre Unterstützung zu leisten, wenn es daraufhinangeht, daß wir aus dem bedeutenden Volkstheile tüchtige Arbeiter und nicht unthätige Pensionäre erzägen.

Herr von Bötticher antwortete sofort und äußerte dabei etwa Folgendes:

Man habe ihm schon nachgedacht, daß er wesentlich beigetragen zu der Handelspolitik, die nun ins Leben gerufen, und zu der Gesetzgebung, die dieses Gebiet berührt; damit sei er wohl auch Ehre angethan; aber dennoch nehme er keinen Gruß gleichwohl an, weil er wisse, daß die Arbeit, an die er sich eigentlich richtete, hoch-erträgt sein werde, wenn er ihr folgen konnte, die eingeschlagenen Wege haben in Rheinland und Westfalen Gutes gestiftet. Das

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Vertical text on the right margin, partially cut off.





